

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

S-E-C-R-E-T

SSING COPY

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Official Bulletin of the
State Secretariat for Local
Economy

DATE DISTR.

18 SEP 1957

25X1

NO. PAGES

1

REQUIREMENT
NO.

RD

DATE OF
INFO.PLACE &
DATE ACC.

REFERENCES

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

Verfuegungen und Mitteilungen

des Staatssekretariats fuer Oertliche Wirtschaft, dated March 1957.
(One bound booklet)

25X1

25X1

16

25X1

S-E-C-R-E-T

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC									
-------	---	------	---	------	---	-----	---	-----	--	-----	--	--	--	--	--	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Verfügungen und Mitteilungen

des Staatssekretariats für Örtliche Wirtschaft

25X1

1957

BERLIN, MÄRZ 1957

Nr. 3

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite		Seite
HA VE Örtliche Industrie und Produktionskoordinierung		Fachschule für Bekleidung	5
Bessere Qualifizierung durch gute Zusammenarbeit der zentral und örtlich geleiteten Leichtindustrie	1	Einsatz synthetischer Fasern für das 2. Halbjahr 1957	5
Begründung für die Herausgabe neuer Lehrverträge	1	Quartalsmeldung für Tierkörperbeseitigungsanstalten	5
Kaderbedarf	3	Erhebung zur Preisneuregelung für Ersatzbrennstoffe	5
Über die Ausbildung von Arbeitsökonomern an der Fachschule für Arbeitsökonomik in Halle (Saale)	3	Ärztliche Reihenuntersuchungen der Arbeiter in den Betrieben	5
Gutachterausschüttung „Schuhe“	5	Broschüren: „Die Buchführung der örtlichen volkseigenen Industriebetriebe, Teil I und Teil II“	5

HA VE ÖRTLICHE INDUSTRIE UND PRODUKTIONSKOORDINIERUNG

Bessere Qualifizierung durch gute Zusammenarbeit der zentral und örtlich geleiteten Leichtindustrie

In den „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 2 vom 16. November 1956 wurde die Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Leichtindustrie und dem Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft über die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der zentral geleiteten und örtlichen Leichtindustrie veröffentlicht. Unter Absatz 3c heißt es dort, daß die Hauptverwaltungen in Abstimmung mit den Abteilungen Örtliche Wirtschaft der Räte der Bezirke zur Qualifizierung der Kader der örtlichen Wirtschaft Plätze für Lehrgänge und Fachschulen zur Verfügung stellen.

Die HV Musikinstrumente und Kulturwaren gibt dazu bekannt, daß für 1957 folgende Plätze an Spezialschulen zur Verfügung stehen und von Betrieben der zentralen und örtlichen Industrie beschickt werden können.

Fachschulen sind nicht der HV unterstellt.

Im Rahmen des Ministeriums für Leichtindustrie gibt es für den Bereich der Hauptverwaltung Musikinstrumente und Kulturwaren nur die Studienmöglichkeit an der Fachschule für Holztechnologie, Dresden. Diese Fachschule ist der HV Holzbau (Sitz Leipzig) unterstellt.

In den übrigen Fachrichtungen muß die HV selbst Fachschulen anderer Ministerien in Anspruch nehmen. Die Räte der Bezirke, Abteilung Örtliche Wirtschaft, werden aufgefordert, von den genannten Möglichkeiten Gebrauch zu machen und dazu die direkte Verbindung zu der HV Musikinstrumente und Kulturwaren aufzunehmen. Die Anschrift lautet:

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Leichtindustrie, HV Musikinstrumente und Kulturwaren, Kaderabteilung, Leipzig C1, Querstraße 26/28.

Bei der Delegation zu langfristigen Lehrgängen — 5 Monate — sollen die Mitarbeiter nicht unter 35 Jahre alt sein.

(We)

Schule u. Anschrift	Art der Lehrgänge	Termine	Teilnehmerzahl
„Louis Müller“ Rodewisch/Vogtl. Auerbacher Str. Ruf: Auerbach 2808	Werkleiter	2. 9. 57— 18. 1. 58	3
„E. Weinert“, Oelsa Bez. Dresden, Hauptstraße Ruf: Dresden 88 19 54	Kaderleiter	8. 4.— 29. 6. 57 25. 9.— 19. 12. 57	1 2
	T K O	2. 9.— 26. 9. 57	15
	Sicherheitsinspektoren	6. 5.— 30. 5. 57	2
	Materialwirtschaftler	30. 9.— 24. 10. 57	3
	B f E	28. 10.— 21. 11. 57 11. 11.— 21. 11. 57	2 4

Begründung für die Herausgabe neuer Lehrverträge

Vom Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung wurden wir gebeten, eine vom Stellvertreter des Ministers, Herrn Wießner, gegebene Begründung für die Herausgabe neuer Lehrverträge in der VE örtlichen Industrie bekanntzugeben.

1. Im Gesetzblatt Teil II, Nr. 5, vom 25. Januar 1957 ist die „Anordnung über die Verbindlichkeitserklärung der Lehrverträge für die sozialistischen Betriebe, die privaten Betriebe und die ihnen gleichzustellenden Treuhandbetriebe“ vom 7. Januar 1957 veröffentlicht worden.

Somit sind also an Stelle der bisher gültigen Musterverträge für die Berufsausbildung in der

- volkseigenen Wirtschaft
- privaten Wirtschaft
- in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften
- in einem Anlernverhältnis

die nachstehenden Lehrverträge für die

a) sozialistischen Betriebe und die ihnen gleichzustellenden Treuhandbetriebe

b) privaten Betriebe und die ihnen gleichzustellenden Treuhandbetriebe

für alle im Jahre 1957 beginnenden Lehrverhältnisse zu verwenden.

Eine Überarbeitung der alten Lehrverträge war insofern notwendig, als grundsätzliche Veränderungen im System der Berufsausbildung auf Grund des Beschlusses des Ministerrates über die Neuorientierung der Berufsausbildung vom 28. Juni 1956 herbeigeführt wurden. So sind z. B. die bisherigen Anlernverhältnisse für die Lohngruppen III und IV in das System der Berufsausbildung aufgenommen, die Ausbildung in den LPG den anderen sozialistischen Betrieben angeglichen usw.

Ebenso wird in der privaten Wirtschaft eine größere Verantwortung den Handwerkskammern und den Industrie- und Handelskammern übertragen.

Bei der Ende November durchgeführten Arbeitstagung mit den Vertretern der Räte der Bezirke in Leipzig wurde der Hinweis gegeben, bis zur Herausgabe der neuen Lehrverträge als Grundlage für den Abschluß eines Lehrverhältnisses vorläufig die Kontrollkarte zu verwenden.

Ebenfalls wurde darauf verwiesen, daß die Lehrzeitdauer erst dann eingetragen und die Lehrverträge registriert werden können, wenn die neue Systematik der Lehrberufe veröffentlicht ist, da für eine Reihe von Berufen sich die Lehrzeit verändern wird.

Der Rat des Bezirkes Magdeburg hat z. B. in einem am 8. Dezember 1956 an die Räte der Kreise gerichteten Schreiben diese Hinweise weitergegeben.

In einer Reihe von Bezirken (z. B. Halle und Karl-Marx-Stadt) wurden diese Hinweise nicht entsprechend berücksichtigt und Lehrverträge nach dem alten Muster und entsprechend der alten Systematik abgeschlossen. Diese Verträge sind vor ihrer Registrierung auf den neuen gesetzlichen Standpunkt zu bringen, und zwar entweder durch Abschluß eines neuen Lehrvertrages entsprechend dem neuen veröffentlichten Muster (Vordruck) oder durch einen Zusatzvertrag zu dem bereits abgeschlossenen Lehrvertrag (alter Vordruck).

Die Veränderungen der Lehrzeit entsprechend der Systematik vom 3. Januar 1957 können ohne Zusatzvertrag oder neuen Lehrvertrag durch Änderung vorgenommen werden, wenn der bereits geschlossene Vertrag noch nicht registriert ist. Sofern der Vertrag entgegen den Hinweisen des Ministeriums bereits registriert ist, ist zur Veränderung der Lehrzeit entsprechend der neuen Systematik ebenfalls ein Zusatzvertrag zwischen den Vertragschließenden notwendig. Der Zusatzvertrag ist zu registrieren.

Die in der 7. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Systematik der Ausbildungsberufe (GBI. Teil I/7) enthaltene Regelung in § 5

„Lehrverträge, die vor Inkrafttreten dieser Durchführungsbestimmung abgeschlossen wurden, behalten bis zur Erfüllung ihre Gültigkeit, sofern zwischen den Vertragspartnern im gegenseitigen Einvernehmen keine andere Regelung im Sinne der Systematik der Ausbildungsberufe getroffen wird“,

betrifft grundsätzlich nur die Lehrverträge, nach denen die Ausbildung bereits begonnen hat. Alle Lehrverträge, nach denen die Ausbildung im Verlaufe des Jahres 1957 beginnen soll, sind — wie oben

dargelegt — den neuen gesetzlichen Bestimmungen entsprechend zu verändern und erst dann zu registrieren.

In der Anordnung über die Verbindlichkeitserklärung der Lehrverträge (GBI. Teil II 5) wurden im § 2 die alten Lehrvertragsmuster außer Kraft gesetzt. Es versteht sich, daß den Rechtsnormen entsprechend davon nicht die Verträge betroffen wurden, nach denen die Ausbildung bereits begonnen hat.

In der Systematik der Ausbildungsberufe vom 3. Januar 1957 sind über 60 Berufe nur für Mittelschüler und 17 nur für Oberschüler vorbehalten. Diese höhere Einstellungsbedingung ist für die meisten dieser Berufe neu und entspricht der zunehmenden Zahl der Absolventen dieser Schulen, die für eine Berufsausbildung in Frage kommen.

Ein Teil der Betriebe — vor allem in der chemischen Industrie — hat bereits entsprechend der alten Systematik Grundschulabgänger für diese Berufe geworben und Lehrverträge abgeschlossen.

Weil die Systematik erst nach Beginn der Werbung erschien, ist es im Jahre 1957 notwendig, die Verträge — soweit sie dem neuen Vertragsmuster entsprechen und bis zum Erscheinen der neuen Systematik Ende Februar mit Grundschulabsolventen abgeschlossen wurden — anzuerkennen und zu registrieren.

Diese Regelung ist notwendig, um unbillige Härten zu vermeiden. Da für die oben genannten Berufe die Lehrzeiten nur für Mittel- bzw. Oberschulabsolventen angegeben sind, gelten für die Abgänger der Grundschulen im Sinne dieser Übergangsregelung 3jährige Lehrzeiten.

2. Von Bedeutung sind gegenüber der bisherigen Fassung der Lehrverträge folgende Veränderungen:

Lehrverträge für die sozialistische Wirtschaft

§ 2 Dauer der Lehrzeit:

Die Bestimmung, daß die Ausbildung ohne Probezeit erfolgt, kam in Wegfall, da vorgesehen ist, evtl. die Probezeit wieder einzuführen. Bis zu einer Neuordnung findet nach wie vor die Ausbildung ohne Probezeit statt.

§ 3 Ziffer 3, Verpflichtungen des Betriebes:

Zum Besuch einer von dem Ausbildungsbetrieb entfernt gelegenen Berufsschule sind zusätzliche, den Betrag von 5,— DM monatlich übersteigende Fahrgeldaufwendungen, die dem Lehrling entstehen, vom Betrieb zu erstatten. Nach der alten Vertragsregelung konnten auch Lehrlinge, welche ohnehin zum Besuch der Ausbildungsstätte im Besitz einer Schülerkarte waren, an den Betrieb die Forderung stellen, die Fahrt zur Berufsschule — auch wenn sie in unmittelbarer Nähe des Betriebes war — zu erstatten.

Die Ausbildung im Betrieb und in der Berufsschule bildet eine Einheit, und der Besuch der Berufsschule ist dem Weg zur praktischen Ausbildung im Betrieb, für den keine Fahrtkosten erstattet werden, gleichzusetzen.

Um dem Lehrling keine Belastung aufzuerlegen, die dem Lehrlingsentgelt nicht entspricht, wurde der Höchstbetrag der zusätzlichen monatlichen Fahrtkosten für den Besuch der Berufsschule (nicht der Betriebsberufsschule) auf 5,— DM begrenzt.

Nach dem Schulpflichtgesetz sind außer den Lehrlingen alle Jugendlichen — sei es mit oder ohne Arbeitsverhältnis — verpflichtet, die Berufsschule zu besuchen, ohne daß ihnen die Fahrtkosten er-

stattet werden. Dasselbe trifft auch für den Besuch der Mittel-, Ober-, Fach- und Hochschulen usw. zu. Mit Rücksicht darauf, daß die Lehrlinge gegenüber den anderen Jugendlichen keine Sonderstellung einnehmen sollen, und um auch insoweit erzieherisch auf sie einzuwirken, wurde von der alten Regelung Abstand genommen.

Mit der früheren Regelung war nicht beabsichtigt, daß auch das Fahrgeld für kürzere Entfernungen und für Nahverkehrsmittel, das einen zumutbaren Betrag nicht übersteigt, zurückerstattet wird. Die ungenaue Formulierung jedoch führte zu einer weitergehenden Auslegung, die nicht beabsichtigt war und deshalb korrigiert werden mußte.

§ 7 Entlohnung

Zur Sicherung einer einheitlichen Entlohnung nach Lehrhalbjahren in den einzelnen Berufen und mit Rücksicht auf die Forderung vieler Eltern wurde die Einführung des monatlichen Lehrlingsentgeltes, unterteilt nach Lehrhalbjahren, vorgenommen.

§ 10 Ziffer 2, besondere Vereinbarungen

Um zu erreichen, daß die Weiterbeschäftigung nach der Lehre entsprechend dem erlernten Beruf gesichert ist, wird bereits bei Abschluß des Lehrvertrages vom entsprechenden Betrieb die Verpflichtung übernommen. Weiterhin wird damit erzielt, daß nur dann Einstellungen über den Plan der Berufsausbildung vorgenommen werden, wenn die Weiterbeschäftigung im erlernten Beruf nach der Lehre gewährleistet ist.

Bei der Unterzeichnung und Registrierung der Lehrverträge ist folgendes zu beachten:

Unterzeichnet wird der Lehrvertrag vom Werkleiter und Direktor der BBS bzw. Ausbildungsleiter, sofern für den eigenen Bedarf des Betriebes die Werbung und Einstellung des Jugendlichen erfolgt. Wird der Jugendliche aber lediglich in der BBS oder in einem anderen Betrieb ausgebildet, so ist nach dem § 10 Abs. 2 des Lehrvertrages außer dem Direktor der BBS bzw. Ausbildungsleiter der Werkleiter des Betriebes, in dem die IV. Phase der Ausbildung bzw. die Weiterbeschäftigung nach der Lehre gesichert ist, zur Unterzeichnung verpflichtet. Für die Werbung der Jugendlichen ist in jedem Falle der Betrieb verantwortlich, für den die Ausbildung erfolgt. Auf der ersten Seite des Lehrvertrages ist der Betrieb als Vertragspartner zu nennen, in dem die Lehre aufgenommen wird.

Die Registrierung der Lehrverträge erfolgt grundsätzlich von dem Rat des Kreises, Abt. Arbeit und Berufsausbildung, in dessen Bereich die Planaufgabe für die Neueinstellung von Jugendlichen und Planabrechnung — L/S-Berichterstattung — vorgenommen wird.

Die Begründung des Lehrvertrages für die sozialistische Wirtschaft ist sinngemäß auf den Vertrag der privaten Wirtschaft anzuwenden.

(We)

Kaderbedarf

Die Ausbildungsstätten für bildende und angewandte Kunst können der Industrie im Juni und Juli 1957 eine Anzahl junger Kader zur Verfügung stellen, die zweckentsprechend eingesetzt werden müssen. Es handelt sich dabei um Absolventen folgender Fachrichtungen:

Schmuck
Keramik
Glas

Plastik
Emaille (kunstgewerbliche Einlegearbeiten)
Kunstschmiede
Spielwaren

Volkseigene örtliche Betriebe können ihren Bedarf an solchen Kadern beim Kollegen Schumann, Ministerium für Kultur, HA Bildende Kunst, Berlin C 2, Molkenmarkt 1—3, anmelden.

(Bey)

Über die Ausbildung von Arbeitsökonomern an der Fachschule für Arbeitsökonomik in Halle (Saale), Marx-Engels-Platz 14/15, Telefon 2 31 54, 55.

Die ständig größer werdenden arbeitsökonomischen Aufgaben, die beim sozialistischen Aufbau in der DDR zu erfüllen sind, erfordern Kader, die ausgerüstet sind mit dem nötigen theoretischen Wissen und guten praktischen Erfahrungen.

Um diesen Erfordernissen gerecht zu werden, sind in der DDR eine Anzahl von Studieneinrichtungen geschaffen worden.

So wurde u. a. mit Beginn des Studienjahres 1956/57 die Fachschule für Arbeitsökonomik gebildet.

Für das Studium an der Fachschule für Arbeitsökonomik Halle (Saale) wurden uns von dort folgende Hinweise zugeleitet:

I. Ziel der Ausbildung:

Die Fachschule für Arbeitsökonomik hat die Aufgabe, mittlere Kader für die Arbeitsverwaltungen der sozialistischen Betriebe und den Staatsapparat auszubilden. Dementsprechend haben die Absolventen nach Abschluß der Ausbildung die Möglichkeit, als verantwortliche Mitarbeiter in den Abteilungen Arbeit und Berufsausbildung der Räte der Bezirke und Kreise sowie den Abteilungen Arbeit der sozialistischen Betriebe und der Fachministerien eingesetzt zu werden.

Die Hauptunterrichtsfächer umfassen folgende Gebiete:

Gesellschaftswissenschaften
Deutsch
Russisch (nur im Direktstudium)
Mathematik
Physik
Chemie
Technologie
Rechnungswesen
Staat und Recht
Politische Ökonomie des Kapitalismus und Sozialismus
Arbeitsnormung
Organisation der Arbeitsentlohnung
Planung der Volkswirtschaft
Organisation und Planung des sozialistischen Industriebetriebes
Statistik
Arbeitsrecht
Erweiterte Reproduktion der Arbeitskräfte
Arbeitsschutz, Gesundheitswesen

II. Ausbildungsmöglichkeiten:

Die Ausbildung der Arbeitsökonomern mit Fachschulabschluß erfolgt

- a) im Direktstudium (3 Jahre),
- b) im Fernstudium (5 Jahre),
- c) im Abendstudium (5 Jahre).

Der Beginn des Studiums für alle drei Studienarten ist der 1. September eines jeden Jahres.

III. Voraussetzungen für die Aufnahme des Studiums:

Für alle drei Studienarten wird vorausgesetzt:

- a) Der Nachweis einer aktiven Beteiligung beim Aufbau unserer Republik,
- b) eine positive Einstellung zur Politik unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht,
- c) Bereitschaft zur Verteidigung der Errungenschaften unserer Heimat.

Darüber hinaus müssen für die einzelnen Studienarten folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Direktstudium:

Fachliche Eignung, die sich ergibt aus einer der Fachrichtung entsprechenden beruflichen Tätigkeit, so z. B. Mitarbeiter der Abteilung Arbeit der sozialistischen Betriebe sowie der Abteilung Arbeit und Berufsausbildung der staatlichen Organe, die mindestens ein Jahr Praxis auf arbeitsökonomischem Gebiet haben oder abgeschlossene Berufsausbildung und anschließende zweijährige praktische Tätigkeit nachweisen können.

Die Bewerber sollen in der Regel das 17. Lebensjahr vollendet und das 30. nicht überschritten haben.

Über evtl. Ausnahmen entscheidet die Aufnahmekommission (s. dazu Gesetzblatt vom 28. Mai 1953, Nr. 69, S. 771).

2. Fernstudium:

Zum Fernstudium können nur Bewerber zugelassen werden, die mindestens eine dreijährige Tätigkeit auf arbeitsökonomischem Gebiet oder eine zweijährige Tätigkeit auf arbeitsökonomischem Gebiet und zweijährige artverwandte Tätigkeit oder Ausbildung nachweisen.

Die Bewerber für das Fachschulfernstudium sollen in der Regel das 24. Lebensjahr vollendet und das 45. Lebensjahr nicht überschritten haben.

Über evtl. Ausnahmen entscheidet die Aufnahmekommission.

3. Abendstudium:

Da auch das Abendstudium eine Studienform für die Kollegen ist, die über genügend praktische Erfahrungen auf arbeitsökonomischem Gebiet verfügen, gelten die gleichen Aufnahmebedingungen wie für das Fernstudium.

Das Abendstudium ist vorerst nur in den Städten Magdeburg, Halle und Dresden vorgesehen.

Die Aufnahme in ein höheres Studienjahr ist bei allen drei Studienarten zunächst nicht möglich.

IV. Aufnahmeprüfung:

Die Zulassung zum Studium erfolgt nach einer Aufnahmeprüfung (in der Regel Mai/Juni eines jeden Jahres), zu der die Bewerber schriftlich durch die Fachschule eingeladen werden.

Die Aufnahmeprüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil.

Im einzelnen sind Kenntnisse in folgenden Fächern nachzuweisen:

1. Gesellschaftswissenschaften

Innen- und außenpolitische Gegenwartsprobleme,
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
Entwicklung Deutschlands seit 1945,
Charakter und Bedeutung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht,
Bedeutung des sozialistischen Weltsystems.

2. Deutsch

Allgemeine Grundlagen der deutschen Sprache, Rechtschreibung, Zeichensetzung, Satzlehre.

Literatur: „Die Mutter“ (Gorki)
„Kabale und Liebe“ (Schiller).

3. Mathematik

Die vier Grundrechnungsarten mit bekannten und unbekannten Zahlen sowie mit gemeinen und Dezimalbrüchen, Potenzen, Wurzeln, Gleichungen 1. Grades mit einer Unbekannten, Flächen- und Körperberechnungen.

Literatur: Mathematik für Berufsschulen, Teil I, Verlag „Volk und Wissen“, 1954,
Gasse: Mathematik für metallverarbeitende Berufe, Band I und II.

4. Physik und Chemie

Maßeinheiten, Gewichte, Masse, Druck, gleichförmige, gradlinie und Kreisbewegung.

Allgemeine Kenntnisse über Atome, Moleküle, Elemente, Verbindungen und Gemenge, Vorkommen der Elemente.

Literatur: Physik für Berufsschulen, Teil I, Physik für metallbearbeitende Berufe, Teil I, Verlag „Volk und Wissen“,
Chemie für metallbearbeitende Berufe, Verlag „Volk und Wissen“,
Grundlagen der Chemie für technische Berufe, (Stapf) Fachbuchverlag.

V. Unterlagen:

Die Bewerbungsunterlagen

1 Personalbogen (HA Pers. 14) bei Direkt- und Abendstudium

1 Aufnahmeantrag (HSch 2045) beim Fernstudium

2 Lichtbilder (4×5) beim Direktstudium

3 Lichtbilder (4×5) beim Fern- und Abendstudium

Handgeschriebener Lebenslauf

Beurteilung des Betriebes bzw. der Verwaltung

Delegierungsschreiben des Betriebes bzw. der Verwaltung

Zeugnisabschriften der nach 1945 besuchten

Schulen und Lehrgänge

Gesundheitszeugnis

Polizeiliches Führungszeugnis

sind bis zum 15. April eines jeden Jahres einzureichen.

VI. Unterkunft und Verpflegung:

Unterkunft und Verpflegung werden den Fachschülern des Direktstudiums an der Schule gewährt. Die Kosten betragen etwa 70,— DM monatlich.

VII. Stipendium:

Die Stipendien für die Fachschüler des Direktstudiums werden gemäß der Verordnung über die Gewährung von Stipendien an Fachschüler der Fachschulen der Deutschen Demokratischen Republik vom 1. Juni 1956 gewährt (s. dazu GBl., Teil I, vom 22. Juni 1956, Nr. 55, S. 487 ff.).

VIII. Studiengebühren:

Studiengebühren für Fernschüler und Abendschüler betragen pro Studienjahr 80,— DM.

Für das Fernstudium siehe § 12, Abs. 2 des GBl. 68/56.

Für das Abendstudium siehe „Dritte Durchführungsbestimmung zur Anordnung über die Bildung einer Hauptabteilung für Fachschulwesen beim Staatssekretariat für Hochschulwesen“ vom 28. Januar 1953 — GBl. 53 252 (GBl. Nr. 16 vom 7. Februar 1953, § 5).
(We)

Gutachterausschussitzung „Schuhe“

Im Einvernehmen mit dem Deutschen Amt für Material- und Warenprüfung geben wir nachstehend die auf der Gutachterausschussitzung „Schuhe“ des DAMW, Prüfungsstelle 362, am 17. Januar 1957 gefaßten Beschlüsse zur Kenntnis:

1. Straßenschuhe aus Rindspalten werden abgelehnt.
2. Herren-, Burschen- und Damenschuhe in Rahmenarbeit mit einer Poro-Folie in einer Mindestdicke von 2 mm als Zwischensohle, auf Rahmen aufgeklebt und gedoppelt, sowie einer Poro-Longsohle von 4 mm Mindestdicke ohne Lederzwischensohle werden genehmigt.
Die Verwendung von Poro-Spaltabfällen zu Zwischensohlen ist nicht zulässig.
3. Schuhe nur mit einem Fersenfutter können genehmigt werden.
4. Chromledersohlen, die zur Erreichung der erforderlichen Dicke mit gleichem Material verstärkt werden, sind für Cosy-Hausschuhe zu genehmigen. Für die einwandfreie Verklebung der Sohlen ist der Betrieb verantwortlich.
5. Lederfaserwerkstoff I mit der Bezeichnung „H 1 B“ wird als Laufsohlenmaterial für Hausschuhe genehmigt unter der Voraussetzung, daß von dem Herstellerbetrieb die Oberflächenbeschaffenheit wie an dem Mustermaterial eingehalten wird.
6. Lederzwischensohlen, bei denen das Innere ausgestanzt und mit Ausballmasse ausgefüllt ist, werden genehmigt.

(Ha)

Fachschule für Bekleidung

In Zusammenarbeit mit dem fachlich zuständigen Ministerium wurde ein Formblatt für die Delegierung zum Fachschulfernstudium entwickelt. Dadurch soll das Delegierungsverfahren vereinfacht und den Betrieben und Fachschulen die Arbeit erleichtert werden.

Das Formblatt ist unter der Bestellnummer HSch 2045 beim Vordruck-Leitverlag, Erfurt, zu beziehen.

(Bu)

Einsatz synthetischer Fasern für das 2. Halbjahr 1957

Nachdem im 1. Halbjahr der Einsatz von synthetischen Fasern für Trainingsartikel aus Perlonmischgarn in der Materialzusammensetzung 16% Perlonfaser und 84% Baumwolle bereits durchgeführt wird, sind die Vorbereitungsarbeiten zum verstärkten Einsatz von synthetischen Fasern für Strumpfwaren nunmehr abgeschlossen. Nach Auswertung der Ergebnisse des Forschungsinstituts für Textiltechnologie in Karl-Marx-Stadt ist der Einsatz von Perlonmischgarn (33% Perlon, 67% Baumwolle) für Strumpfwaren, und zwar hauptsächlich in den Positionen

Herren-Buntsocken — Herren-Unisocken — Damen- und Herrensportstrümpfe — Kinderstrümpfe, lang — Kinder-Kniestrümpfe — Damensöckchen und Kindersöckchen

vorgesehen. Der Einsatz von Perlonmischgarn bezieht sich auf die Artikel, welche bisher aus 100% Baumwolle bzw. Baumwollmischgarn (16% Zellwolle, 84% Baumwolle) hergestellt werden.

Gegenwärtig werden vom Ministerium für Leichtindustrie, HV Trikotagen und Strümpfe, Verhandlungen mit dem Ministerium für Handel und Versorgung über die Preiseinstufung (VEP) dieser neuen Materialzusammensetzung geführt. Die endgültige Einstufung soll kurzfristig erfolgen.

Zu den Kaufhandlungen für das II. Halbjahr 1957 sollen die o. g. Materialeinsätze tunlichst berücksichtigt werden.

(Bro)

Quartalsmeldung für Tierkörperbeseitigungsanstalten

Die bisherigen Vordrucke für die TKBA-Quartalsmeldungen werden z. Z. überarbeitet und um einige Positionen auf der Rückseite erweitert.

Die Bestellungen der Formulare haben in der gleichen Höhe wie im vorigen Jahr zu erfolgen, wobei der reale Bedarf der Bezirke zugrunde zu legen ist.

Da im Augenblick noch nicht feststeht, welcher Betrieb den Druckauftrag übernimmt, erfolgt noch eine Benachrichtigung der Räte der Bezirke, bis zu welchem Termin, bei welcher Druckerei die Bestellungen abgerufen werden können.

(Lo)

Erhebung zur Preisneuregelung für Ersatzbrennstoffe

Am 6. Februar 1957 hat der Staatssekretär für Örtliche Wirtschaft dem Minister für Kohle und Energie für eine einmalige Erhebung, die unter der Nummer 010/115 vom Ministerium für Kohle und Energie registriert wurde, seine Zustimmung gegeben.

Wir bitten unsere in Frage kommenden Betriebe um gewissenhafte und schnelle Auskunfterteilung.

(Bro)

Ärztliche Reihenuntersuchungen der Arbeiter in den Betrieben

In der 7. Durchführungsbestimmung vom 23. Juni 1955 (GBl. I, Seite 502), zur Verordnung vom 10. Dezember 1953 (GBl. Seite 957) ist eine vierteljährliche Meldepflicht angeordnet.

Die Meldung erfolgt formlos an den Rat des Kreises. Das Ministerium für Gesundheitswesen informiert uns darüber, daß diese Berichterstattung weiterhin unter der Nummer 650 11 genehmigt worden ist.

Die Einsendetermine an den Rat des Kreises sind

10. April, 10. Juli, 10. Oktober, 10. Januar.

Diese Meldungen sind die unbedingte Voraussetzung für eine ordnungsgemäße Durchführung der Reihenuntersuchungen der Arbeiter in den Betrieben.

Wir weisen deshalb nachdrücklichst alle Betriebsleiter auf ihre Pflicht zur Einhaltung der gestellten Termine hin.

(We)

Broschüren: „Die Buchführung der örtlichen volkseigenen Industriebetriebe“, Teil I und Teil II

Beim Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft gehen laufend Einzelbestellungen auf obige Broschüre ein. Wir bemerken dazu folgendes:

zu Teil I:

Die Broschüre ist vergriffen. Der Kontenrahmen der volkseigenen örtlichen Industriebetriebe erscheint zusammen mit dem Kontenrahmen der zentralen Betriebe als Heft 7 der Schriftenreihe „Wirtschaftspraxis“ im Verlag „Die Wirtschaft“. Mitte März dieses Jahres gelangt die dritte Auflage zur Auslieferung, die den für 1957 gültigen Kontenrahmen einschließlich der Erläuterungen enthält. Bestellungen sind ausschließlich über den Buchhandel zu leiten.

zu Teil II:

Dieser Teil erscheint in 26 Ausgaben (siehe „Verfügungen und Mitteilungen“ 1956, Heft 1). Gedruckt wird nur die von den Räten der Bezirke und von den zentralen Dienststellen vorbestellte Auflage.

Für noch nicht in Druck gegebene Richtlinien (Feinmechanik Optik, Elektrotechnik, Nichterzbergbau, Braunkohle-Torf-Preßsteine, Zellstoff-Papier-Pappe, Süßwaren, Spirituosen, Schlachthöfe und Fleischverarbeitung, Konfektion) werden bis zum Erteilen des Druckauftrages (etwa Ende März 1957) Nachbestellun-

gen von den Räten der Bezirke und von zentralen Dienststellen angenommen. Nach Erteilung des Druckauftrages können Nachbestellungen jedoch nicht mehr berücksichtigt werden.

Bei uns eingehende Einzelbestellungen übergeben wir ab sofort dem zuständigen Rat des Bezirkes zur weiteren Erledigung.

(Ho)

Berlin, am 7. März 1957

Mattat

Stellvertreter des Staatssekretärs

Herausgeber: Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft, Berlin. Redaktion: verantwortlich Kurt Stöwe, Pressestelle des Staatssekretariats, Berlin C 2, Am Zeughaus 1/3, Fernruf: 2207, 3457. Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin O 17, Michaelkirchstraße 17, Fernruf: 67 64 11, Postscheckkonto: 1400 25. — Erscheinungsweise: monatlich einmal. — Bezug: nur durch die Post zum Dienstgebrauch für Volkseigene Örtliche Betriebe — VEB (K) — staatliche Organe, volkseigenen und genossenschaftlichen Handel, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, FGR, Universitäten, Hoch- und Fachschulen, demokratische Presse, Parteien und Gewerkschaften. — Bezugspreis: vierteljährlich — 80 DM. — Veröffentlicht unter der Druckgenehmigungsnummer AG 138/57 DDR. — Druck: (67/10) VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 66. — 1206/57 L.